

**Niederschrift über die
Sitzung des Kreistags am 17.12.2018**

Ort: in der Schwabenlandhalle Fellbach, Guntram-Palm-Platz 1 in 70734 Fellbach

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

83 Kreisrätinnen und Kreisräte: Bauer (ab 16:20 Uhr), Berger (ab 16:55 Uhr)

Entschuldigt: Schaal, Wittner (CDU)
Fokken (SPD)
Payr (FDP-FW)
Medeck (AfD/Unabhängige)

Ferner: Erster Landesbeamter Kretz- (Top 6)

schmar

Dezernent und Kreiskämmerer

Geißler

Verkehrsdezernent Dr. Zaar

Sozialdezernentin Böhm

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 15:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:25 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Ausscheiden von Kreisrat Alfonso Fazio und Nachrücken von Herrn Frieder Bayer sowie Änderungen in der Besetzung der beschließenden Ausschüsse und Gremien

Drucksachen 2018/198/2

Bereits übersandte Drucksachen 2018/198/1 und 2018/198

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Ziffern 1-3 der Drucksache 2018/198/1:

1. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Alfonso Fazio gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass ein wichtiger Grund für die Ablehnung des Kreistagsmandats durch Frau Iris Förster nach § 12 Landkreisordnung vorliegt.
3. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Frieder Bayer keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich im Namen des Kreistages und persönlich für das langjährige, engagierte ehrenamtliche Engagement von Herrn Fazio für den Rems-Murr-Kreis und seine Einwohnerschaft.

Landrat Dr. Sigel heißt Herrn Frieder Bayer in der Mitte des Kreistags willkommen und verpflichtet ihn durch Handschlag:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Der Kreistag beschließt einstimmig die Ziffern 4-6 der Drucksache 2018/198/2:

4. Der Sozialausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
5. Der Jugendhilfeausschuss wird mit Herrn Rolf Huttelmaier als Nachfolger von Frau Hanne Mörtl als stellvertretendes ordentliches Mitglied sowie mit Herrn Jens Brodbeck als Nachfolger von Herrn Jens-Uwe Schwab als stellvertretendes ordentliches Mitglied neu gebildet.
6. Der Kreistag bestellt Herrn Horst Schneider als ordentliches Mitglied von außerhalb des Kreistags für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen, als Nachfolger von Herrn Sven Ilg. Auf die Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds von außerhalb des Kreistags wird verzichtet. Kreisrätin Dr. Ute Ulfert wird als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates bestellt (Stellvertretung für Kreisrat Dr. Peter Engel).

Auszüge:

- 1 Kreistagsgeschäftsstelle
- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 Kreisjugendamt

§ 2Besetzung der Stelle Leitung des Amtes für Recht und OrdnungDrucksachen 2018/199/1Bereits übersandte Drucksache 2018/199

Landrat Dr. Sigel verweist die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Bewerber Roman Böhnke stellt sich dem Kreistag vor.

Für die Zählkommission werden die Kreisräte/innen Rienth (CDU), Möhrle (SPD), Ulrich (Freie Wähler), Sturm (GRÜNE) und Meßmer (FDP-FW) benannt.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten: 82
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 82

Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf

Roman Böhnke 78

Stimmzettel ohne Stimmabgaben
bzw. ungültige Stimmzettel: 4

Mit der Wahl beschließt der Kreistag:

Der Bewerber Roman Böhnke wird zum Leiter des Amtes für Recht und Ordnung gewählt.

Auszüge:

1 Haupt-und Personalamt

§ 3Verabschiedung des Haushalts 2019Drucksache 2018/044/1 und 2018/044

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und legt einleitend dar:

„Ich bedanke mich für die guten und konstruktiven Haushaltsberatungen. Wir sind selbstverständlich nicht der Meinung, dass das jedes Mal ein Selbstläufer ist, sondern sind auch in der Tat harte Nüsse, die man da knacken muss. Das werden wir auch weiter tun. Für Herrn Geißler war es in der Tat das Finale, aber auch hier der besondere Anspruch und wir haben uns bemüht, Ihnen nochmal einen guten und ausgewogenen Vorschlag zu machen.

Wir haben große Teile der Anträge bereits in den Gremien/Ausschüssen beraten können. Es sind noch zwei Anträge neben den weiteren Beschlussfassungen, die wir heute zum beraten haben. Zum einen noch den Antrag der SPD-Fraktion/DIE LINKE/ÖDP zum Thema Wohnungsbau. wir würden diesen noch zu den HH Anträgen noch mit zur Beschlussfassung stellen. Die Entsprechende Stellungnahme der Verwaltung haben wir Ihnen bereits übersandt. Des Weiteren haben wir noch den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen offen. Die Höhe der Kreisumlage die Festsetzung auf 34,71 Punkte um die Nettoneuverschuldung zu vermeiden, so dass wir diese beiden Anträge noch mit abstimmen lassen.“

Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis, liebe Azubis aus dem Rems-Murr-Kreis und werte Vertreter der Presse

wir haben mit dem Haushaltsplan 2019 eine sehr gute Grundlage geschaffen, um den Rems-Murr-Kreis nachhaltig weiterentwickeln zu können. Ich bedanke mich ausdrücklich ganz herzlich für die guten Vorberatungen, in denen unsere Anregungen und Anträge vollumfänglich ihren Niederschlag

gefunden haben. Das wohl wichtigste und finanziell weitestgehendste Thema für uns war und ist die Weiterentwicklung des ÖPNV. Der Rems-Murr-Kreis hat in diesem Jahr die Tarifreform beschlossen, die ab 1. April 2019 zu wirken beginnt und damit ist eine echte Kostensenkungsinitiative in Gang gesetzt: wann gab es das schon einmal im ÖPNV, dass die Kosten um ca. 20 % für den Nutzer sinken! Aber der Ausbau im für den Kreis originär zuständigen Busverkehr geht mit der Inbetriebnahme der letzten ausgeschriebenen Linienbündel im nächsten Jahr weiter. Was noch fehlt sind neben den Kostenaspekten auch die betrieblichen Verbesserungen: hier unterstützen wir als CDU-Kreistagsfraktion ausdrücklich die Bemühungen der Region, in der Installation eines neuen ETCS-Netzes auf der Schiene zusammen mit der Deutschen Bahn hier einen Leistungsverdichtung bis hin zu, einem dann irgendwann kommenden 10-Minuten-Takt zu bekommen, sowie die Anschaffung von voraussichtlich 58 neuen S-Bahnen in einem sehr engen Zeitfenster, welches ausgenutzt werden muss, damit diese neueste Technik nicht für die nächsten 30 Jahre nicht umsetzbar sein wird.

Wir haben mit unserer Ausbauallianz zur Schaffung von weiterem öffentlichem Wohnraum mit 500 Wohnungen in den nächsten 10 Jahren unseren Baustein eingebracht. Nun sind auch andere private Investoren und andere von öffentlichen Gebietskörperschaften getragenen Unternehmen in der Pflicht, den anderen weiteren Beitrag zu erbringen. Der Rems-Murr-Kreis alleine kann das nicht, die Städte und Gemeinden alleine können das nicht. Es ist auch nicht Aufgabe des Kreises dies zu tun. Die Kreisbaugruppe ist bereit, ihren leistbaren Beitrag zu erbringen und dafür auch schon herzlichen Dank im Voraus, weil wir stellen ja nur die Mittel zur Verfügung und die Kreisbau muss dann loslegen.

Sorge bereitet der Masochismus, der an den Tag gelegt wird, in unserer wirtschaftlichen von der Automobilindustrie abhängigen Wirtschaft: ob sich der Elektromotor als der Antrieb der Zukunft herauskristalisieren wird, bleibt abzuwarten. Auch die Brennstoffzelle sollte nicht aus dem Blick verloren gehen im Sinne einer ganzheitlichen Umweltbilanz betrachtet werden. Mir kommt die derzeitige Zuspitzung der Lage so vor, als ob der Förster in den Wald gehen würde um einen Baum zu ernten und damit anfängt, auf den Baum hoch zu klettern, sich dann auf einen Ast setzt und dann beginnt zu sägen – nach innen Richtung Stamm. Der Dieselmotor ist der sauberste Motor – wenn dieser verteufelt und verbannt wird ist es nicht weit, dass dann als weiteres Bausteinchen dem Benziner der Garaus gemacht werden soll. Mit Messungen an Standorten, die mehr als fraglich sind – ich

hoffe, wir alle überleben die Adventszeit mit den vielen Adventskränzen und Kerzen in unseren Häusern und Wohnungen, denn eine Messstelle sollte nicht unbedingt in der Nähe stehen ...

Versuchen wir im Rems-Murr-Kreis weiter unsere Aufgaben zu lösen, wir haben die besten Voraussetzungen dafür geschaffen auch mit der konsequenten Politik der Entschuldung, die wir nun in den letzten Jahren verfolgt und umgesetzt haben. Wir gehen davon aus, dass kaufmännisch vorsichtig das Jahr 2019 kalkuliert wurde und oh weihnachtliches Wunder, auf die geplante Nettoneuverschuldung auch im Jahr 2019 durch ein besseres Jahresergebnis verzichtet werden kann.

Wir sind zuversichtlich, dass die Kreisverwaltung mit den anvertrauten Haushaltsansätzen sparsam und wirtschaftlich umgehen wird. Wir sind gut aufgestellt und tragen den Hebesatz bei der Kreisumlage mit 34 v.H. mit und signalisieren die entsprechende Zustimmung zum Haushaltsplan 2019.“

Kreisrat Riedel führt für die SPD-Fraktion aus:

„Meine Damen und Herren, liebe Gäste, Vertreter der Presse, Kolleginnen und Kollegen, Herr Landrat,

Unsere Kommunen im Landkreis Rems-Murr, aber auch der Landkreis selbst, gehen, was ihre öffentlichen Haushalte betrifft, entspannt und gut gerüstet in das Jahr 2019. Die Wirtschaft läuft gut, die Arbeitslosigkeit ist gering, die Steuereinnahmen sprudeln und die Fördertöpfe von Land und Bund sind für mutige Projekte gefüllt. Endlich ist es gelungen, die Diskussion über die Kreisumlage zu versachlichen und zu beruhigen. Im Vordergrund standen bei den diesjährigen Beratungen die inhaltlichen Themen. Das ist gut so. Auf wenige Themenfelder möchte ich noch einmal kurz eingehen:

1. Fehlender bezahlbarer Wohnraum

Alle Fraktionen sehen hier gemeinsam eine der größten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Grundlage aller Verbesserungen ist die Frage, wo finden wir die Flächen fürs Bauen. Hier sind

die Kommunen gefragt. Sie können die planungsrechtlichen Ausweisungen und auch die Verfügbarkeit solcher Flächen organisieren. In den Kommunen, in denen es gelingt, diese Flächen zentrumsnah, auch durch Innenverdichtung, und gut an den ÖPNV angebunden zu mobilisieren, können die wirkungsvollsten Projekte geschaffen werden. Der Landkreis kann mit seiner Kreisbaugruppe aktiv werden, wo Flächen zur Verfügung stehen. Er kann auch die Rahmenbedingungen schaffen.

2. Nachhaltigkeit – ökologisch, ökonomisch und sozial

Mit verschiedenen Beschlussfassungen haben wir es geschafft, gemeinsam nachhaltige ökologische Projekte auf den Weg zu bringen, die ökonomisch und sozial den Menschen dienen. Es ist gemeinsam gelungen, den Erwerb eines Jobtickets und damit den Umstieg auf den ÖPNV auf dem Weg zur Arbeit für die Beschäftigten bei der Landkreisverwaltung noch attraktiver zu gestalten. Nun gilt es, dass dieses Angebot auch bei der AWRM, bei der Kreisbaugruppe und in unseren beiden Kliniken greift. Unsere Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse rufe ich auf, im neuen Jahr dort eine gemeinsame Aktion zu starten, denn auch die könnten ähnliches tun für ihre Beschäftigten. Bei allen Unternehmen, Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen sollten wir Nachahmer werben. Also werden sie alle, meine Herren BM und Obs und die kommunalen Mandatsvertreter/-innen aktiv. Der Landkreis Rems-Murr könnte so eine vorbildhafte Führungsrolle in Sachen ÖPNV-Förderung übernehmen.

3. Soziale Netze

Ohne die vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den karitativen und sozialen Vereinen und Organisationen würde unser Landkreis 'ärmer' dastehen. Ihnen allen gilt deshalb unser großer Dank. Trotz gewaltig gestiegener Sozialausgaben, Kolleginnen und Kollegen, haben wir Armut im Landkreis. Nahezu 5000 Kinder in Armut sind beunruhigend. Die Verbesserung ihrer Lebenssituation muss deutlicher in unseren Fokus rücken. Bund und Land sind aufgerufen, den kommunalen Ebenen die notwendigen Mittel bei geringstmöglicher Bürokratie zur Verfügung zu stellen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Lassen Sie mich mit diesen drei Themenbereichen die Beratungen zum Haushalt 2018 abschließen. Die Beratungen haben gezeigt, dass es sich lohnt, gemeinsam nach Lösungen und Fortschritten zu suchen. Die SPD Kreistagsfraktion wird dem Haushaltentwurf 2019 zustimmen.

Dank an alle für die gute Zusammenarbeit, danken Ihnen Herr Geißler vor allem und Ihrer Mannschaft für die Erstellung des Werkes, was nicht ganz einfach ist, es ist ihr letzter – Herzlichen Dank. Gute Zeit im Ruhestand wünsche wir Ihnen. Wir danken allen für die gute Zusammenarbeit, für konstruktive Kritik und für gelungene Anregungen und so manche Nachdenklichkeit.

Die SPD-Kreistagsfraktion wünscht Ihnen allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Lassen Sie uns den Landkreis noch sicherer, noch lebenswerter und wirtschaftlich stark machen. Vielen Dank.“

Kreisrat Ulrich führt für die Fraktion der Freien Wähler aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

Der Landkreis kann wegen überdurchschnittlich hoher Steuereinnahmen etliche Projekte und Aufgaben angehen, die für unseren Kreis vor allem für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig sind.

Die VVS Tarifreform kann mitfinanziert werden. Dem ÖPNV, generell der Region und damit auch unserem Landkreis wie auch der Luftqualität wird die Reform hoffentlich nutzen. Angesichts der sehr hohen Aufwendungen für den ÖPNV sollten wir nicht immer mehr Steuergelder in das System pumpen. Schon der im UVA beschlossene 50 % Zuschuss für das Jobticket kostet den Kreis jährlich mehr Geld, ein Sozialticket lehnen wir deshalb ab. Wir befürchten bei einem Sozialticket übrigens auch Ungerechtigkeiten in der Frage wer bezugsberechtigt wäre und wer nicht. Die Kreisstraßen könnten sehr viel nachhaltiger saniert und werden, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. Sanierungsrückstände können endlich aufgearbeitet werden. Und das oft noch völlig unterschätzte Verkehrsmittel Fahrrad kann ebenfalls mit neuen und besseren Radwegen attraktiver gestaltet werden.

Der Kreis kann eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben - die Digitalisierung - stärker in den Fokus nehmen und im neuen ZV wichtige Schritte nach vorne machen. Unser gesamter Wirtschaftsraum aber auch jeder einzelne Verbraucher ist auf rasche Fortschritte bei den schnellen Datenleitungen angewiesen. Wir hoffen allerdings nicht, dass es wie beim Digitalpakt zwischen Bund und Land im neuen ZV zu Kompetenzstreitigkeiten und Verzögerungen kommen wird. Denn wir haben schon viel Zeit auf diesem Feld verloren. Wir appellieren deshalb vor allem an die Telekom ihrer Zusicherung, den Breitbandausbau voranzubringen, nun auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen.

Das Gesamtimmobilienkonzept verehrte Kolleginnen und Kollegen soll dazu führen - und dazu stehen wir - dass unsere Verwaltung dauerhaft attraktive Arbeitsplätze bekommt. Das Konzept und die damit verbundenen Baumaßnahmen werden – und das ist uns ebenfalls wichtig - natürlich auch den Städtebau in der Kreisstadt sehr positiv verändern und beeinflussen. Eine an den finanziellen Möglichkeiten unseres Kreises angepasste schrittweise Umsetzung des Konzeptes werden wir deshalb aktiv unterstützen.

Immer noch erhebliche Mittel werden für den Defizitabbau in den Kliniken benötigt. Wir setzen darauf, das hohe Defizit nach und nach abzubauen und gleichzeitig die hohe medizinische Kompetenz unserer Kliniken zu bewahren/auszubauen.

Auch die Kosten der Flüchtlingsunterbringung müssen wir noch finanzieren. Wir wünschen uns weiterhin ein so tolles ehrenamtliches Engagement vieler Menschen in unserem Kreis, die sich den Geflüchteten in einer für Sie sehr schwierigen Lage so hoffnungsvoll und bewundernswert angenommen und diese Menschen unterstützt haben.

Und der Landkreis kann auch die wichtigen Klimaschutzaktivitäten finanzieren, damit wir im Rems-Murr-Kreis immerhin unseren eigenen kleinen aber dennoch wichtigen Klimaschutzbeitrag leisten können.

Ich möchte noch kurz den Wohnungsbau und die Eigenkapitalerhöhung bei der Kreisbaugesellschaft erwähnen. Letztlich sollen auf diese Weise in Zusammenarbeit mit etlichen Städten und Gemeinden in den nächsten Jahren 500 zusätzliche Wohnungen gebaut werden. Dies ist angesichts

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt außerordentlich zu begrüßen und wirklich ein hoffnungsvolles Zeichen. Dieses Programm fordert aber bereits bei der Kreisbaugesellschaft alle Kräfte. Diese neuen Wohnungen werden- so wichtig sie sind - allerdings nicht genügen, die seit Jahren bestehenden massiven Probleme des Wohnungsmarktes zu beheben. Das würde im Übrigen auch nicht ein Antrag wie im VSKA diskutiert schaffen, statt 500 5000 Wohnungen zu bauen. Dies ist schlicht weg zu unrealistisch, weil weder bei Baufirmen noch bei Handwerkern Planungskapazitäten vorhanden sind. Die Kreisbaugesellschaft ist übrigens ausgelastet, die Bauflächen sind dafür gar nicht vorhanden. Ich denke wir sollten bei diesem Ziel realistischer sein und aufpassen, dass wir nicht unrealistisch werden. Und, als Ziel formuliert, könnte es noch mehr an Glaubwürdigkeit verlieren. Wir Freien Wähler sind jedoch gerne zu Gesprächen bereit um Strategien für mehr Wohnraum realistisch auszuloten.

Bei all den genannten Aufgaben und Zukunftsprojekten steigt die Neuverschuldung für den Kreis nicht nennenswert. Zuletzt konnten die Schulden im Kernhaushalt sogar auf ca. 50 Millionen Euro reduziert werden, entgegen aller Annahmen von früherer Zeit. Und der Kreis erwirtschaftet bereits seit Jahren seine Abschreibungen über die KU.

Da die letzten Jahre entgegen den Planungen regelmäßig viel bessere Rechnungsabschlüsse erbracht haben, wollen wir künftig erst dann über den Haushalt und die KU entscheiden, wenn aktuelle Zahlen auf dem Tisch liegen. Wie im letzten VSKA von uns beantragt, wollen wir künftig im Kreistag entscheiden, was mit evtl. Überschüssen geschieht sowie es auch heute gemacht wird, ob Schulden getilgt werden, ob für zusätzliche Projekte angespart wird oder ob die KU reduziert wird. Dies ist bei einer positiven Abweichung von über 20 Millionen Euro fürs Jahr 2017 und angesichts der vielen Baustellen und Aufgaben die auch die Städte und Gemeinden beschäftigen und diese teilweise in Atem halten mehr als gerechtfertigt und absolut nachvollziehbar. Und diese Klarheit in den Zahlen verehrte Kolleginnen und Kollegen die entspräche dann auch der vom Landrat versprochenen Transparenz der Verwaltung. Eine solche Vorgehensweise würde dann für noch mehr Vertrauen in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Kreistag sorgen. Wir möchten genauso vorgehen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Wir bedanken uns nochmals bei allen, die an der Erstellung des Haushaltes beteiligt waren, bei Ihnen sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, beim scheidenden Kämmerer Frank Geisler und bei den Kolleginnen und Kollegen des Kreistages für die fairen Haushaltsberatungen.

Wir tragen wie bereits im November dargelegt den Haushalt und die Höhe der KU mit 34 % in diesem Jahr und auch eine außerordentlichen Schuldentilgung mit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Kreisrätin Brodersen führt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Im Laufe des Jahres und ganz besonders in den letzten Wochen haben wir in den Ausschüssen intensiv diskutiert, Beschlüsse gefasst und so die Weichen für das kommende Jahr und die zukünftige Entwicklung des Rems-Murr-Kreises gestellt.

Dabei standen inhaltliche Fragen im Vordergrund, wie z.B.:

- Welche Verbesserungen können wir für die Bürgerinnen und Bürger schaffen? Wie ermöglichen wir Beratung und Unterstützung in schwierigen Situationen und wie sichern wir die kreisweite Gesundheitsversorgung durch die Rems-Murr-Kliniken in Winnenden und Schorndorf.
- Wie können wir Familien bei der Erziehung unterstützen, wie Kindern und Jugendlichen helfen, ihren Weg in eine gute und selbstbestimmte Zukunft zu finden.
- Welche Maßnahmen müssen wir treffen, damit der Rems-Murr-Kreis auch für die Zukunft gut vorbereitet ist?
- Und nicht zuletzt: Was können wir tun, damit die Verwaltung gute Arbeit leisten kann?

Wir Grüne freuen uns, dass der dringende Handlungsbedarf beim Klimaschutz inzwischen von allen Fraktionen gesehen wird. Hier ziehen wir zusammen mit der Verwaltung an einem Strang. Vor 4 Wochen haben wir hier im Kreistag das neue Klimaschutz-Handlungskonzept mit vielfältigen Maßnahmen beschlossen. In den darauf folgenden Ausschüssen entschieden wir darüber hinaus, einige Maßnahmen bereits 2019 umzusetzen und nicht erst in den Folgejahren. Um die Attraktivität des

ÖPNV und damit den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr zum klimafreundlicheren öffentlichen Verkehr zu erhöhen, nimmt nicht nur der Rems-Murr-Kreis sondern auch die benachbarten Landkreise, die Region und das Land in den nächsten Jahren eine Menge Geld in die Hand. Bei der Planung der neuen Verwaltungs-Immobilien sind sich die Fraktionen ebenfalls einig, dass Nachhaltigkeit und Klimaschutz Priorität haben müssen – selbstverständlich ohne optische, wirtschaftliche und praktische Aspekte zu vernachlässigen. Angestrebt werden eine CO₂-neutrale Verwaltung und der Einsatz von recycelbaren Baustoffen. Unterschiedlicher Meinung sind wir allerdings noch bei dem Bedarf an Parkplätzen (die übrigens auch eine Menge Geld kosten), aber vielleicht ändern sich da auch noch einige Meinungen bis zum ersten Spatenstich.

All diese von uns beschlossenen Maßnahmen müssen durch den Kreishaushalt finanziert werden. Durch die gute Konjunktur ist das auch möglich. Sie hat übrigens auch dazu beigetragen, dass sich die CO₂-Werte verschlechtert haben und wir nun in den Klimaschutz höhere Beträge investieren müssen, um unsere Ziele zu erreichen, als ursprünglich prognostiziert wurde. In den letzten Jahren hatten wir großes Glück mit unserem Haushalt. Wir erzielten sehr gute Jahresabschlüsse mit positiven Ergebnissen. Aus unterschiedlichen Gründen waren die Ausgaben nicht so hoch wie bei der Haushaltsplanung kalkuliert. Stellen blieben aufgrund mangelnder qualifizierter Bewerbungen unbesetzt, verschiedene Baumaßnahmen konnten nicht so schnell wie geplant umgesetzt werden und auch der letzte sehr milde Winter reduzierte nicht nur die Heizkosten sondern auch den Einsatz des Winterdienstes und andere Folgen. Die Einnahmen entwickelten sich in einigen Bereichen erfreulich positiv durch unerwartete Fördertöpfe oder Abrechnungsmöglichkeiten. Dadurch hatten wir sehr gute Jahresergebnisse. 2011 haben wir hier im Kreistag beschlossen, positive Jahresergebnisse zur Reduzierung der Schulden zu verwenden. So konnten wir den Schuldenberg etwas verkleinern, trotzdem ist die Gesamtverschuldung durch die Rems-Murr-Kliniken und diese Schulden können wir nicht einfach unter den Teppich kehren, noch immer gewaltig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, konsequenter Schuldenabbau heißt:

- wenn immer möglich Schulden abbauen und
- wenn immer möglich, die Aufnahme neuer Schulden vermeiden.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Von der momentan guten Konjunktur profitieren wir alle hier im Rems-Murr-Kreis, wir hier, auch die Kommunen. Dies bestätigen die Berichte von den Haushaltsberatungen in den Städten und Gemeinden.

Und deshalb ist jetzt die richtige Zeit, keine Nettoneuverschuldung im Haushalt 2019 einzuplanen. Wir glauben nicht mehr ans Christkind und wir verlassen uns auch nicht auf Wunder. Durch eine Kreisumlage von 34,7%-Punkten können wir die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen im Jahr 2019 umsetzen UND auf eine Nettoneuverschuldung von rund 4,4 Mio. Euro auf jeden Fall verzichten. Diese Chance sollten wir nutzen, damit der Rems-Murr-Kreis nicht nur beim Klimaschutz sondern auch bei den Finanzen vorausschauend und nachhaltig entscheidet.

ich möchte mich auch bedanken für unsere Fraktion für die gute Zusammenarbeit, die gute Arbeit der Verwaltung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Lenk führt für die FDP-FW-Fraktion aus:

„Sehr geehrter, lieber Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörer,

was die Beratung unseres Kreishaushalts für 2019 betrifft, kann ich für unsere FDP/Freie Wähler-Fraktion mit Genugtuung feststellen, dass die Beratungen selten so entspannt und die Anregungen und Anträge fast durchweg sachlich waren. Und zum ersten Mal seit vielen Jahren haben alle Fraktionen den vom Landrat bei der HH-Einbringung vorgeschlagenen Kreisumlage-Hebesatz akzeptiert, der den Kommunen in diesem Jahr erfreulicherweise rund 2/3 der aus der gestiegenen Steuerkraft resultierenden Mehreinnahmen belässt, was angesichts der dort anstehenden Mammutaufgaben z.B. beim Ausbau der KITAs oder Sanierung der Infrastruktur auch richtig ist.

Trotz aller Rechenricks vom geschätzten Kollegen Sczuka ist diese Aufteilung natürlich weit weg vom dem Bürgermeister-Postulat der Fifty-Fifty-Regel -dies-mal allerdings zu Gunsten und nicht zum Nachteil der Kommunen. Damit ist wieder einmal der Beweis für unsere seit Jahren vorgetragene Forderung erbracht, den Kreisumlagehebesatz jedes Jahr neu im Lichte der Einnahmen, aber

eben auch der vom Kreis zu bewältigenden Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben in einem fairen Interessenausgleich zwischen Kreis und Kommunen festzusetzen. Ich denke, das ist uns in diesem Jahr wieder gut gelungen. Denn vergessen wir es nicht: Wir Kommunalen sitzen alle im selben Boot und sollten deshalb möglichst auch in dieselbe Richtung rudern, d.h. uns nicht länger selbst behagen, sondern uns gemeinsam gegenüber dem Bund und dem Land aufstellen und z.B. die Einhaltung des Konnexitätsprinzips einfordern. Und bei den Jahresüberschüssen, lieber Albrecht Ulrich, da bin ich schon der Meinung, dass wir es bis auf weiteres dabei belassen sollten, diese zur Schuldentilgung zu verwenden. Ich bin da ganz bei Frau Brodersen.

Mit dem Erfreulichsten für uns Kreisräte in diesem Jahr ist, dass zum Ende des Jahres 2018 die Schulden im Kernhaushalt des Kreises weniger als 40 Mio. Euro betragen werden und damit der Kreis wieder Handlungsspielräume zum politischen Gestalten gewonnen hat. Hoffen wir alle miteinander, dass nach den mageren Jahren bis 2014 die besseren noch lange anhalten werden.

Bedanken möchte ich mich dafür, dass bis auf einen alle unsere Anträge mehrheitlich Unterstützung von den anderen Fraktionen erhalten haben bzw. als Prüfanträge von der Verwaltung aufgegriffen wurden oder in den zuständigen Ausschüssen weiter beraten werden. Die Auskunft, dass die von uns beantragten zusätzlichen 1 Mio. Euro zum weiteren Abbau des energetischen Sanierungsrückstaus nicht umgesetzt werden kann, weil zumindest in diesem Jahr bei der RMIN die Kapazitäten fehlen, löst bei uns keine Begeisterung aus, ist aber zu respektieren. Und nachdem uns Herr Braune geradezu ermuntert hat, werden wir den Antrag im nächsten Jahr erneut einbringen. Ausdrücklich tragen wir auch die vom Kreis für 'Jugend musiziert', den Kreissenorenrat, an den sozialpsychiatrischen Dienst, zur Fachberatung an der 'Erlacher Höhe', an den Hilfsverein für psychisch Kranke, für das Projekt Flügel von Pro Familia, an den Kreisdiakonie- bzw. Caritas-Verband für das Projekt 'Hart am Limit' oder das Projekt KITA 2020, der Initiative Sicherer Landkreis zur Gewalt- und Wertprävention mit, weil wir davon überzeugt sind, dass solche Projekte im Bereich der Prävention und Sozialhilfe sinnvoll sind und sich letztlich auch volkswirtschaftlich rechnen. Auch wollen wir damit die hervorragende, oft ehrenamtlich getragene oder unterstützte Arbeit unserer vielen freien Träger im Rems-Murr-Kreis ausdrücklich würdigen.

Etwas überrascht hat uns dagegen der eigentlich entgegen unserer üblichen Regularien erst vor wenigen Tagen eingebrachte Antrag von SPD und Linken/ ÖDP, ein weiteres Projekt zum Bau wei-

terer 5000 Sozial- und preiswerten Mietwohnungen aufzulegen. Zwar teilen wir das Grundanliegen, meinen aber, dass wir mit dem vom Landrat im vergangenen Jahr vorgeschlagenen und von allen Fraktionen einhellig unterstützten Investitionsprogramm für den Sozialen Wohnungsbau, das wir zusammen mit der Kreisbau und Kooperationspartnern umgesetzt wollen und das landesweit ein gewisses Alleinstellungsmerkmal unter den Landkreisen hat, dass wir damit eigentlich bestens aufgestellt sind.

Unsere FDP/ Freie Wähler-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, 12 Mio. Euro aus den Überschüssen des Jahres 2018 zur Sondertilgung unserer Schulden zu verwenden, die u.a. aufgrund der Fraktionsanträge eingetretenen Veränderungen für den Haushalt 2019 zu genehmigen und die Kreisumlage mit einem Hebesatz von 34,0 Punkten festzusetzen.

Abschließend möchte auch ich allen Fraktionen danken, für das gute Miteinander hier im Kreistag und ich denke wir sollten uns das auch gerade im kommenden – im Wahljahr 2019 bewahren. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein paar geruhsame Feiertage friedvolles und ein erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2019. Vielen Dank.“

Kreisrat Throm führt für die AfD/Unabhängigen aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,

‘erkenne dich selbst!’, so lautete die Inschrift am Apollon-Tempel zu Delphi. Während seine Orakel stets trügerisch waren, bleibt dieses Motto zeitlos gültig. Denn wer sich selbst erkennt, weiß um seine Möglichkeiten, aber auch um seine Grenzen. Beim vorliegenden Haushaltsentwurf scheinen die Möglichkeiten sehr hoch eingeschätzt, während Begrenzungen kaum wahrgenommen werden. Dies gilt zunächst für die Bauprojekte des Kreises.

Nun, da tausende Menschen aus der vorläufigen in die Anschlussunterbringung wechseln, schlagen die Folgen der merkelschen Migrationspolitik voll auf die Gemeinden durch. Da wirft sich der Kreis für die Gemeinden in die Bresche, stattet die Kreisbau mit Millionen aus und haftet für noch viel höhere Beträge. Gleiches gilt für den sozialen Wohnungsbau. Auch hier sind eigentlich die Gemeinden gefordert. Die aktuelle Bereinigung der Gesellchafterstruktur der Kreisbau hätte eine Ge-

legenheit eröffnet, Gemeinden den Einstieg zu ermöglichen, sodass sie Kosten und Risiken mittragen. Dann sähe die Sache ganz anders aus.

Auch die beginnende Umsetzung des Immobilienkonzepts offenbart eine zu optimistische Grundhaltung. Der Kreis hat sich am Klinikum Winnenden verhoben – dafür müssen wir noch auf Jahre hinaus bluten. So ist das eine große Projekt noch nicht bewältigt, schon wird das nächste begonnen. Und das, obwohl das Baugewerbe auch bei Abkühlung der Konjunktur noch lange ausgelastet bleiben wird. Die Preise steigen, und wer gut beraten ist, baut nur, was unbedingt notwendig ist. Wir sollten uns die Zeit nehmen, zu warten.

Die Bemühungen beim Klimaschutz erwecken den Eindruck, die Kreisverwaltung müsse im Alleingang die Klimaziele für den Rems-Murr-Kreis erreichen. Manche Projekte sind zwar teuer, aber ineffizient. Und mit den anderen wird man gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht ausgleichen können. Hinter aufwändig gedämmten Fassaden glaubt die Bevölkerung zunehmend auch im Winter im T-Shirt sitzen zu können. Und die neuen elektrischen Dienstfahrzeuge können nicht wettmachen, dass immer mehr Schüler mit dem Auto zur Schule gebracht werden.

Bei der Personalplanung fehlt offenbar jeglicher Ehrgeiz. Obwohl nun einige wenige Stellen im Bereich Flüchtlinge wegfallen, ergibt sich ein Personalzuwachs, weil an anderer Stelle kräftig eingestellt wird. Bei einem leer gefegten Arbeitsmarkt wohlgemerkt! Aber man glaubt, es sich leisten zu können.

Wir bezweifeln nicht nur das. Wir sehen einen Haushaltsentwurf, der unseren Landkreis über Gebühr belastet. Diesen Haushalt wird unsere Zählgemeinschaft ablehnen.“

Kreisrat Kober führt für DIE LINKE/ÖDP aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

Ich werde dem Haushalt 2019 nicht zustimmen!

1. Sozialticket

Die Tarifzonenreform des VVS hat nichts Entscheidendes gebracht für Sozialhilfebezieher! Fakt ist, dass Viele günstiger fahren. Aber was nutzt das dem Sozialhilfeempfänger? Der Preis für ein Monatsticket kostet zwischen 68 und 143 Euro, der Preis für eine Hin-/ und Rückfahrkarte von Plüderhausen nach Waiblingen ca. 11. Euro! ein Sozialhilfeempfänger hat dafür nur 33 EURO Budget im Monat!

2. Konzept Mietwohnungsbau

Unser Originalantrag wurde abgelehnt! Die Kreisbau sieht ich als ertragsorientiertes Unternehmen! Wir denken, dass eine schwarze Null genügen sollte!

3. Öffentlicher Boden bleibt öffentlich!

Unser Antrag war gerade zu ein Meilenstein gegen den Ausverkauf öffentlichen Grundes. Aber auch hier sieht sich die Kreisbaugesellschaft der Ökonomie verpflichtet!

Auch eine außerordentliche Schuldentilgung ist für uns gerade deshalb nicht nachvollziehbar
Nur die Anträge zur Abschaffung von Ziel- und Bonusvereinbarungen in den Rems-Murr-Kliniken und unser, mit der SPD gemachte, Antrag zum Konzept über 5000 Sozialwohnungen wurde nach 2019 vertagt! Das kann für uns jedoch nicht den Ausschlag geben, dem Rems-Murr-Haushalt 2019 zu zustimmen!

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

DIE LINKE/ÖDP möchte allen Engagierten zu rufen: Kämpfen wir gemeinsam (parlamentarisch und außerparlamentarisch) für einen lebenswerten Rems-Murr-Kreis!

Im Gesundheitswesen, ÖPNV und Wohnungsbau, aber auch bei vielen anderen Themen, gibt es noch viel zu tun, um die teilweise verkrusteten Strukturen aufzubrechen

Vielen Dank!“

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

- 1) Der überplanmäßigen Kredittilgung (Auszahlung) in Höhe von 10,2 Mio. Euro aus den Verbesserungen, die sich im Haushalt 2018 abzeichnen, wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

- 2) Den unter Abschnitt 7 (S. 17 ff.) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2019, u.a. durch die Fachausschüsse, wird zugestimmt

Der Kreistag nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 2018/044/1) zum nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis mit dem Hinweis, dass die Verwaltung zusagt, im Sinne des Antrags 2019 zu berichten und die Verwaltung bereits gemeinsam mit der Kreisbaugruppe und dem Verband der Baden-Württembergischen Wohnungs- und Immobilienunternehmen (VBW) einen Wohnungsgipfel plant.

‘Der Kreistag beauftragt die Landkreisverwaltung, im Jahr 2019 gemeinsam mit der Kreisbaugruppe eine ‘Wohnraum-Allianz Rems-Murr’ für 5.000 Sozial- und preiswerte Mietwohnungen zu initiieren. Oberstes Ziel dieser Wohnraum-Allianz soll es sein, über die bereits beschlossenen 500 Sozialwohnungen hinaus, die durch die Kreisbaugruppe in den kommenden Jahren errichtet werden, im Landkreis in den kommenden zehn Jahren weitere 4.500 Sozialwohnungen oder preiswerte Mietwohnungen zu bauen. Zentrale Partner und Bauherren sollen neben der Kreisbaugruppe die kommunalen Wohnungsbauunternehmen und die Baugenossenschaften sein.

Der nachstehende Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mehrheitlich bei 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt:

3) a. Der Kreisumlagehebesatz wird mit 34,7 %-Punkten festgesetzt.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 14 Enthaltungen den nachstehenden Antrag der Verwaltung:

3) b. Der Kreisumlagehebesatz wird mit 34,0 %-Punkten festgesetzt.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen:

4) Der Erhöhung des Höchstbetrags der Kassenkredite in der Haushaltssatzung auf 75,0 Mio. Euro wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 4 Nein und 1 Enthaltung:

5) Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2019

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.288) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2018 (GBl. 2018 S. 221, 222) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. 2000 S.581, 698) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2018 (GBl. 2018 S. 221) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

1. Im **Ergebnishaushalt** mit dem

1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	507.482.300 Euro
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	504.830.200 Euro
1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	2.652.100 Euro
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	2.652.100 Euro
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 Euro
1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 Euro
1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von	2.652.100 Euro

2. Im Finanzhaushalt mit dem

2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	504.490.200 Euro
2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	486.188.600 Euro
2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	18.301.600 Euro
2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.963.400 Euro
2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	24.644.900 Euro
2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	- 22.681.500 Euro

2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	- 4.379.900 Euro
2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von	9.038.300 Euro
2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Auszahlungen für die Tilgung von Krediten) von	4.619.400 Euro
2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	4.418.900 Euro
2.11. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	39.000 Euro

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 9.038.300 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 86.574.000 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreiskasse auf 75.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 34,0 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 4 Enthaltungen:

- 6) Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt 8. aufgeführten Änderungen (siehe S. 20 f.) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

- 7) Im Jahr 2019 wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 5.400.000 Euro und am Standort Winnenden mit 3.965.000 Euro zugestimmt.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

- 8) Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Kredite im Rahmen der Zinsprolongation der Rems-Murr-Kliniken gGmbH in Höhe von 5.887.000 Euro im Jahre 2019 wird zugestimmt.

Auszüge:

4 Amt für Finanzen

§ 4Feststellung des Jahresabschlusses des Rems-Murr-Kreises 2017 einschließlich SchlussberichtDrucksache 2018/034/1Bereits übersandte Drucksache 2018/034

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2017 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Anlage 1 ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 20.876.546,44 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Hiervon sind 10.552.199,84 € für Investitionen gebunden und werden gemäß § 23 Satz 4 Gemeindehaushaltsverordnung aus den Ergebnissrücklagen in das Basiskapital umgebucht.
3. Das Sonderergebnis in Höhe von 1.452.725,13 € wird der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt.
4. Die im Rechenschaftsbericht 2017 unter 6.3 (S. 162 f.) dargestellten abgerechneten Hochbaumaßnahmen (BSZ Waiblingen, BSZ Schorndorf, BSZ Backnang, Christian-Morgenstern-Schule, KSZ Schorndorf, KSZ Fellbach-Schmidlen) und Straßenbaumaßnahmen (K 1907 OD Sechselberg, K 1883 Oberndorf – Lutzenberg, K 1824 Oppenweiler – Schiffrain, K 1886 OD Walkersbach, K 1876 Fahrbahndecke und Brücke Asperglen) werden anerkannt.
5. Vom Schlussbericht 2017 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und Zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

1 Rechnungsprüfungsamt

§ 5

Feststellung der Jahresrechnung der Rems-Murr-Stiftung 2017 einschließlich Schlussbericht
Drucksache 2018/035

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 1) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Vom Schlussbericht 2017 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.

Auszüge:

2 Amt für Finanzen

1 Rechnungsprüfungsamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

§ 6

Breitband Gründung und Beitritt zum Zweckverband 'Breitbandausbau Rems-Murr'

Drucksache 2018/087/3

Bereits übersandte Drucksachen 2018/087, 2018/087/1 und 2018/087/2

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und führt einleitend aus, gegenüber dem Vorjahr sei inzwischen Einiges erreicht und konkretisiert worden, auch wenn es sich um einen dynamischen Prozess handle, da die gesamte Region Stuttgart mit 179 Städten und Gemeinden eingebunden werden solle. Als Landkreis versuche man dabei, die Interessen der Städte und Gemeinden zu bündeln.

Erster Landesbeamter Kretschmar erläutert den Sachstand und berichtet, die Beschlussvorschläge Ziffer 5 bis Ziffer 8 seien noch nicht im Umwelt- und Verkehrsausschuss vorberaten worden, da man die aktuelle Entwicklung mit aufgreifen wolle. Die Telekom habe die kommunalen Anteile, die jede Kommune für die Kooperation bezahlen müsse, den Bürgermeister/innen übersandt, was ein wichtiger Schritt sei. Außerdem werde derzeit der Kooperationsrahmenvertrag von einer Arbeitsgruppe bearbeitet, in der auch die kommunale Seite vertreten sei. Die heutige Tischvorlage beinhalte auch eine nochmalige Änderung der Satzung, da einige Kommunen über den Zweckverband und die Kooperation separat im Gemeinderat entscheiden wollten. Der noch eingegangene Antrag aus der Bürgerschaft sei geprüft worden, man wolle jedoch trotz dieser Bedenken am Beschlussvorschlag festhalten. Die Kooperation mit der Telekom biete eine Chance, jetzt im Breitbandausbau wirklich voran zu kommen, vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich.

Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen und Zählergemeinschaften.

Kreisrat Jäger führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir einleitend ein paar offene Worte zu dem Schreiben, dass wir alle bekommen haben und auch zu den Bürgerinnen und Bürgern die besorgt sind, was die Funkbelastung angeht.

Da müssen wir ehrlich zu Ihnen sein, selbst wenn das Projekt Stern, um das es heute indirekt schon auch tangential geht, scheitert, selbst wenn ein Ausbaupvertrag mit der Telekom nicht zustande kommt, weil wir beispielsweise diesen Zweckverband nicht gründen und der Letter of Intent im Sande verläuft, wird dies den von Ihnen gefürchteten 5G-Ausbau nicht verhindern, höchstens etwas verzögern, der kommt trotzdem.

Aber vorrangiges Ziel der heutigen Beschlüsse ist gerade nicht der Ausbau eines Mobilfunknetzes, sondern der Ausbau des von Ihnen ja ebenfalls befürworteten Glasfasernetzes – und dies zur Not eben auch alleine, auf eigene Rechnung im Verbund mit den Mitgliedern des Zweckverbandes – neben dem Landkreis also ausschließlich mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Dieser Zweckverband könnte letztlich also genau das ermöglichen, was Sie offenbar ebenfalls befürworten: Bau, Erwerb, Anmietung und Betrieb eines zumindest teilweise in öffentlicher Hand befindlichen Glasfasernetzes. Diese Möglichkeit, diese Option steht offen.

Natürlich müssen jedoch allein aus volkswirtschaftlichen Gründen versuchen Doppelstrukturen beim Netzausbau weit möglichst zu vermeiden – und das geht nun einmal am ehesten mit dem stärksten möglichen Partner – also mit der Telekom. Aber auch hierbei geht es ausdrücklich und vorrangig um den Ausbau des im Regelfall erdgebundenen Glasfasernetzes – und dieser Netzausbau verdient keinerlei Aufschub mehr!

Der CDU-Kreistagsfraktion ist es auf jeden Fall bewusst, dass die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises zwingend und unabdingbar von einer vernünftigen Breitbandversorgung abhängen wird – und zwar ausdrücklich bis in den entlegensten Winkel unseres Landkreises.

Denn nicht nur in den Verdichtungsräumen, sondern gerade auch in den ländlichen Gemeinden, haben kreative Kleinunternehmen und kreative Köpfe ihren Sitz – und das darf und soll so bleiben, das ist gut so, das ist unsere Stärke! Das bedeutet für uns aber auch: Unser gemeinsames Ziel muss die zu 100% flächendeckende Anbindung an das Glasfasernetz sein, und zwar so schnell wie irgend möglich! Im Übrigen kann man dadurch auch nur dadurch vermeidbaren Mobilfunk verhin-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 30

Öffentlich

dern, indem man den Leuten die Möglichkeit eines vernünftigen Hausanschlusses anbietet.

Als ich zuletzt vor dem Kreistag sprechen durfte, warf ich einleitend zum Thema Klimaschutz einen Blick auf den afrikanischen Kontinent. Ich hätte nicht gedacht, dass sich das so schnell erneut anbieten würde. Aber tatsächlich lohnt es sich auch beim Thema Breitbandversorgung, einen Blick nach Afrika zu werfen – denn im Vergleich zu diesem großen Kontinent, der nach unserer Wahrnehmung so dringend unserer Hilfe und Unterstützung bedarf, sind wir in Sachen Breitbandversorgung Entwicklungsland!

Da ringt uns die jüngste Erfolgsmeldung schon ein Staunen ab, dass Baden-Württemberg erneut zum Innovationssieger gekürt wurde.

Auch wenn wir heute noch nicht wissen, ob die Gründung dieses Zweckverbandes letztlich wirklich den gordischen Knoten zerschlagen wird – und ich mache keinen Hehl daraus, dass ich bei solchen Dingen eher skeptisch bin – müssen wir auch diese Chance, diese Option nutzen, weil es für ein weiteres Zögern zu spät ist. Sonst war es das für die Zukunft mit Innovationsauszeichnungen oder ähnlichen Erfolgsmeldungen.

Ich appelliere an dieser Stelle auch nochmals ausdrücklich an alle Städte und Gemeinde unseres Landkreises, die viel besungene Solidargemeinschaft der kommunalen Familie nicht ausgerechnet bei dieser existentiellen Aufgabe zu verlassen.

Es freut mich für jede Stadt, wenn diese plötzlich 50 oder 60 Millionen aus dem Hut zaubern kann, um im Alleingang ein eigenes Glasfasernetz aufzubauen – aber die Frage muss schon erlaubt sein: Warum ausgerechnet jetzt?

Wenn diese Möglichkeit besteht – warum haben die Verantwortlichen dann so lange damit gewartet und den Eigenausbau nicht schon vor zehn, fünfzehn Jahren umgesetzt? Es muss doch jedem bewusst sein, dass wir hier nicht kleinteilig nur bis zum eigenen Tellerrand denken dürfen – sondern dass gerade bei der Breitbandversorgung im internationalen Wettbewerb unser gesamter Raum als Wirtschaftseinheit betrachtet werden muss. Ich würde es sehr bedauern, wenn der von Kommunalpolitikern so gerne zitierte kommunale Schulterschluss, ausgerechnet bei diesem wichtigen Thema nicht lückenlos gelänge.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 31

Öffentlich

Wir, die CDU-Kreistagsfraktion, werden der Gründung und dem Beitritt zum Zweckverband Breitbandausbau Rems-Murr zustimmen, denn wir können es uns nicht leisten, bei diesem Thema nicht jede Chance zu ergreifen, die sich uns bietet. Wir müssen das jetzt endlich anpacken, ohne zu Zögern, notfalls auf eigen Faust und im Idealfall gemeinsam, indem wir alle dafür zur Verfügung stehenden Kräfte bündeln.

Dankeschön“

Kreisrat Riedel führt für die SPD-Fraktion aus:

„Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

30 Kommunen und der Landkreis wollen sich in einem Zweckverband zusammenschließen um ein Breitbandnetz im Rems-Murr-Kreis möglich zu machen. Es ist eigentlich völlig klar, dass das in öffentlicher Hand sein sollte, aber es wird in öffentlicher Hand sein, auch in der Zukunft. Wer sich von den Kommunen zutraut es selbst zu machen, ok. Er muss nicht mitmachen. Keine Kommune, keine Gemeinde, keine Stadt muss bei diesem Zweckverband mitmachen. Aber der größte Teil der 30 Kommunen kann gar nicht alleine handeln, weil sie dazu nicht die wirtschaftliche Kraft haben und denen vor allem dient dieser Zweckverband.

Es ist völlig unumstritten, dass es besser wäre wie beim Strom, Gas usw. Wir hätten dieses Breitbandnetz und wir hätten Konzessionen anzubieten und die Kommunen würden sich um diese Konzessionen bewerben. Haben wir ja bei Gas und Strom gemacht. Aber auch da hat es nicht jede Kommune geschafft ihr eigenes Netz zu besitzen bzw. zu betreiben. Das schaffen eben nicht alle, sondern dass schaffen primär nur jene Kommunen, die eine eigene und starke Stadtwerke haben.

Eine 90:10 Lösung, Kolleginnen und Kollegen ist nicht akzeptabel, sagen wir ganz glasklar. Denn dann man muss man uns sagen, wer diese 10% sind. Also da gibt es schon auch noch etwas zu streiten bei dieser Geschichte.

Die Telekom hat die Chance, nun zu beweisen, dass sie ein verlässlicher Partner ist, bisher ist sie es nicht immer. Es kommt einem Marktversagen fast gleich. Insofern ist es durchaus verständlich, dass einzelne Kommunen mit ihren Stadtwerken es nun selbst in die Hand nehmen.

Gewerbe- und Industriegebiete sind natürlich primär im Fokus, aber das reicht nicht. Alle Bildungseinrichtungen, private Haushalte, bis hin, wenn man über die Zukunft spricht, zu Homeoffice-Arbeitsplätzen sind genauso wichtig, und müssen angeschlossen werden. Die dürfen nicht die 10% im Anschluss sein.

Wichtig wird sein, dass der Zweckverband mit den Kommunen, die eigene Wege gehen, eng kooperiert. Warum sollte es nicht möglich sein, dass wir uns gemeinsam um die Sache bemühen, uns auf Augenhöhe begegnen, uns austauschen und auch ggf. voneinander lernen.

Wenn eine Kommune mit dem was passiert, nicht zufrieden und einverstanden ist, dann kann sie mit diesem Vertrag jederzeit, natürlich ist das geregelt, austreten aus dem Zweckverband. Niemand ist verdammt da reinzugehen, letzten Endes er kann auch wieder sich verabschieden. Natürlich wird das sehr schwierig sein, wenn man investiert hat, völlig klar, Denn man gibt ja dann was völlig auf. So einfach wird es nicht sein.

Ich habe viel Verständnis für die Menschen, die was die Strahlung betrifft, usw. gesundheitliche Ängste haben. Ich kann dazu wenig sagen, andere können vielleicht viel sagen. ob es immer glaubhaft ist, weiß auch keiner so ganz genau. Aber bitte lassen Sie uns das trennen. Hier geht es nicht um dieses Thema, sondern es geht um den Bau, denn eigentlich wiederum alle wollen. Nämlich ein modernes Netz für die Zukunft im Rems-Murr-Kreis entstehen zu lassen. Das ist im Moment der Sachgegenstand über den wir diskutieren und Beschluss fassen.

Ob man ein iPhone zw. hat, wie man das Zuhause macht, das muss jeder und jede selbst entscheiden. Es gibt heute Methoden und Möglichkeiten sich einigermaßen zu schützen, und davon kann jeder Gebrauch machen. Es geht aber nicht um die Leitungen, die im Boden liegen und die diesen Rems-Murr-Kreis für die Zukunft gestalten und stark machen sollen. Wir haben unsere Vorbehalte und werden das sehr Aufmerksam verfolgen, aber im Moment wollen wir weder Stolperstein und nicht Bremser sein, wir werden zustimmen. Vielen Dank.“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 33

Öffentlich

Kreisrat Häuser führt für die Fraktion der Freien Wähler aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
liebe Gäste,

eine Breitbandversorgung mit schnellem Internet ist Grundvoraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.

Gleichzeitig ist es für die Bürgerinnen und Bürger ein maßgebliches Kriterium bei der Entscheidung über ihren Wohnort. Deshalb benötigen wir auch im Rems-Murr-Kreis ein leistungsfähiges Breitbandnetz, das allen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung steht.

Unser Landkreis hat sich mit der Verwaltung und dem Kreistag frühzeitig auf den Weg gemacht und eine Breitbandkonzeption erarbeitet. Hierfür Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel und der Verwaltung ganz herzlichen Dank.

Als Alternative 1 stand der Aufbau eines eigenen regionalen glasfaserbasierten Backbone-Netzes durch die Landkreise im Raum. Dabei hätten die Städte und Gemeinden den Ausbau auf ihrer Markung in Eigenregie und auf eigene Kosten übernehmen müssen. Diese Option kann dann in Betracht gezogen werden, wenn es zu einem Marktversagen kommt.

Die Alternative 2 besteht darin, den verbindlichen Glasfaserausbau mit einem privaten Telekommunikationsanbieter auf den Weg zu bringen. Aufgrund einer freiwilligen Marktabfrage durch die Region Stuttgart soll nunmehr mit der Telekom Deutschland ein Kooperationsvertrag abgeschlossen werden. Vertragspartner sollen sein die Region Stuttgart, die Landeshauptstadt Stuttgart sowie die Landkreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Göppingen und der Rems-Murr-Kreis. Die Interessen der Städte und Gemeinden in unserem Landkreis sollen dabei gemeinsam mit dem Kreis in dem zu gründenden Zweckverband 'Breitbandausbau Rems-Murr' gebündelt werden.

Auf regionaler Ebene erfolgt das Zusammenwirken in der 'Gigabit Region Stuttgart GmbH'.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 35

Öffentlich

Insgesamt gesehen halten wir die Bündelung der kommunalen Interessen im vorgeschlagenen Zweckverband für den richtigen Weg und werden der Gründung des Zweckverbands und dem Beitritt zur regionalen Gesellschaft zustimmen. In einem Vertagungsantrag sehen wir keinen Sinn und werden ihn deshalb ablehnen.

Einige kritische Punkte will ich aber klar formulieren:

1. Die Deutsche Telekom hat in der Vergangenheit immer wieder Versprechungen und Zusagen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau gemacht und vielfach nicht eingehalten. Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, in die Kooperationsvereinbarung klare nachvollziehbare Ausbauziele aufzunehmen und bei Nichterfüllung Sanktionen zu vereinbaren.
2. Wir erwarten einen flächendeckenden Ausbau der glasfaserbasierten Breitbandversorgung sowie des 4G und 5G-Netzes im gesamten Rems-Murr-Kreis d.h. in den Ballungszentren und im ländlichen Raum.
3. Die Versorgung mit schnellem Internet muss als FTTH- bzw. als FTTB-Lösung, also Fiber To The Home bzw. Fiber To The Building, sprich Glasfaser bis ins Haus, erfolgen.
4. Zur transparenten Überprüfung der vertraglichen Ausbauziele stelle ich hiermit für die 'Freie Wähler'-Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Vertretern der Telekom Deutschland jährlich einen schriftlichen Bericht im Rahmen einer öffentlichen Sitzung über die bauliche Umsetzung abgibt.

Abschließend betone ich: Getreu dem Motto: 'An Ihren Taten sollt ihr sie messen!', werden wir das auch bei der Telekom so halten.

Vielen Dank“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 36

Öffentlich

Kreisrat Härtner führt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren,
liebe Auszubildende,

Die Digitalisierung schreitet in Windeseile immer weiter voran. Immer mehr Daten werden von A nach B und über C wieder zurückgeschickt. Dieser Datenaustausch erfolgt auf Informationswegen – idealerweise ‘High-ways’, die wie unser Netz aus Bundes-, Land-, Kreis- und Gemeindestraßen gut organisiert werden müssen.

Früher gab es dafür eine Bundesanstalt, die das Informationsnetz für die ganze Bundesrepublik organisiert hat und dabei das Gemeinwohl fest im Blick hatte. Diese Anstalt war die Deutsche Bundespost. Sie war mit Befugnissen und Rechten so ausgestattet, dass eine Infrastruktur in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen aufgebaut werden konnte. Mangelnde Wirtschaftlichkeit war kein Ausschlusskriterium, das Ziel war die optimale Versorgung aller Bürger und Bürgerinnen in ganz Deutschland.

Die Privatisierung der Bundespost 1995 hat uns gezeigt, dass seither nicht die Versorgung im Vordergrund steht, sondern die Wirtschaftlichkeit. Für die Telekom steht daher nicht der teure Ausbau von modernen Glasfasern im Fokus, sondern die kostengünstigere weitere Verwendung alter, bereits abgeschriebener Kupfertechnik. Diese hat bereits die Bundespost in den Boden gebracht. Aber das ist über zwanzig Jahre her. Seitdem hat sich das Verkehrsaufkommen vertausendfacht und wir alle rumpeln hinterher.

Andere Länder z.B. in Skandinavien sind da viel weiter. Dort gibt es fast an jeder Milchkanne einen Glasfaseranschluss. Wir können nicht weiter abwarten und müssen uns in Windeseile auf den Weg machen, damit wir im Rems-Murr-Kreis nicht abgehängt werden. Wir wollen im globalen Konkurrenzkampf, der härter wird, in unserem schönen Kreis vorne mitspielen.

Viele Institutionen warten auf ein schnelles Internet.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 37

Öffentlich

- Der Arzt, der Aufnahmen von Patienten zu einem Facharzt schickt, damit er eine Zweitmeinung einholen kann oder auf eine digital unterstützte Behandlung zurückgreifen möchte.
- Das Ingenieurbüro, das eine Verkehrsflusssimulation zur Verwaltung schickt, damit der Verkehrsfluss weiter nach ökologischen Gesichtspunkten optimiert werden kann.
- Die Spezialmaschinenbaufirma, die ihre Daten rund um die Welt verschicken muss, und zwar in Echtzeit, auf dem Weg in die Wirtschaft 4.0.
- Die Berufsschulen, die sich mit ihrer Lehrerschaft und Schülern und Schülerinnen in Techniker-, Meister- und Berufsschulklassen den Weg zur Industrie 4.0 mit vorbereiten wollen.

Hier würde es noch viele Beispiele geben, denn im Grunde sind alle Unternehmen auch im ländlichen Raum auf leistungsfähige Datennetze angewiesen – ebenso alle Haushalte.

Machen wir uns nichts vor, auch das Fehlen einer zeitgemäßen Internetversorgung drängt bereits heute junge Familien aus den abseits gelegenen Flächen in die urbanen Zentren.

Wollen wir das? ich denke Nein!

Mit dem Zweckverband machen wir uns auf den Weg, den Rückstand auf andere Länder aufzuholen.

Ziel muss es sein, alle Haushalte des Rems-Murr-Kreises zu 100% mit einem Glasfaseranschluss auszustatten. Und das nicht nur in den Städten, sondern in jedem Dorf und jedem Weiler im Schwäbisch-Fränkischen Wald.

Wir stimmen überwiegend der Gründung des Zweckverbandes zu und hoffen, dass wir damit schneller zu besseren Datenverbindungen kommen.

Wir hoffen, dass die Telekom ihr Versprechen einhält. dieses Versprechen müssen wir gut überwachen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 38

Öffentlich

Kreisrätin Wilhelm führt für die FDP-FW-Fraktion aus:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich jetzt für meine Fraktion über das Thema Breitband spreche, dann tue ich auf drei Ebenen. Denn außer der Kreisrätin, die jetzt zu Ihnen spricht, bin ich, wie Sie wissen auch noch Regionalrätin und ich bin Gemeinderätin. Und das Thema beschäftigt uns auf allen drei Ebenen.

Was wir heute beraten, ist ein Modell, das zukunftsweisend sein kann. Es kann aber auch gewaltig in die Hose gehen, wenn wir nicht aufpassen. Das hängt mit dem Partner Telekom zusammen und mit der Entstehungsgeschichte des jetzigen Modells. Jahrelang ist nichts passiert. Ende 2016, vor 2 Jahren, hat die FDP-Regionalfraktion den Antrag gestellt, 500.000 Euro für die Gründung einer regionalen Breitbandgesellschaft bereitzustellen. Unser Ziel damals: Das Backbonenetz selber aufzubauen und zu betreiben. Denn für uns sind, Datenleitungen wie Wasserleitungen zu sehen: Sie gehören zur Daseinsvorsorge, sie müssen in jedes Haus führen und sie müssen überall für eine gleichmäßige Versorgung garantieren. Ich betone, das Wort ‘überall’.

Kaum war der Druck groß genug, stand plötzlich die Telekom mit offenen Armen da und wurde von der Mehrheit in der Regionalversammlung auch mit offenen Armen aufgenommen. Als Liberale freuen wir uns natürlich, wenn die Wirtschaft investiert. Wir sind auch froh, dass der Druck so groß geworden ist, dass sich etwas bewegt. 179 Kommunen sind halt eine Macht, wenn sie geschickt koordiniert werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge und mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit dem Partner Telekom, ist für uns die Vorgehensweise ein bisschen zu weich. Wir wollen ein strikteres, professionelles Vorgehen, wenn wir jetzt den Weg einer Zusammenarbeit im Zweckverband zustimmen.

Für uns heißt das:

1. Abschluss eines Vertrages mit klaren, rechtssicheren Positionen und wirksamen Sanktionsmechanismen. Versorgungszusagen wie ‘Bis zu 1 Gigabit’ oder ‘bis zu 95 Prozent oder auch mal

98 Prozent sind für uns inakzeptable Gummiformeln. Wir wissen ganz genau, dass die letzten zwei Prozent die schwierigsten sind. Und wir kennen das von der Bahn, dass zwei Prozent Verspätungen ganze Bahnsteige überfüllen können. Als Gemeinderätin aus dem ländlichen Raum sage ich: Es kann nicht heißen Städte first und dann mal sehen. Sondern alle müssen gleich behandelt und versorgt werden. insofern tragen wir die Befürchtungen der Initiative Korb nicht mit. Sie bringen uns mit Ihren Positionen nicht weiter.

2. Fordern wir Einbindung aller Partner, die bereits Respektables geleistet haben, nicht nur in Form von Absichtserklärungen. Für engagierte Stadtwerke und andere Unternehmen sind überzeugende Lösungen anzubieten. Kleine und mittlere Anbieter mit Investitionen in Angebote und Strukturen sind zu schützen. Der Wettbewerb ist zu erhalten. In Schorndorf aber auch in Sindelfingen war das bereits ein Thema. In Sindelfingen geht's in Sachen Breitband hoch her ('Wozu brauchen wir die Telekom?'), in Schorndorf ist sogar der offene Konflikt zwischen Stadtwerken und Region ausgebrochen. Die Stadtwerke wollen 100 Prozent Ausbau, die Telekom nur 95 Prozent zusagen und Stadtwerke-Chef Andreas Seufert warnt, laut Schorndorfer Nachrichten: 'Es könne aber nicht sein, dass sich die Telekom die Filetstücke herauspicke und den Rest den Kommunen überlasse.'
3. Deswegen brauchen wir zumindest einen verbindlichen Ausbau-, Zeit- und Businessplan, der zum Vertragsabschluss zwischen Region und Telekom vorgelegt werden und im Kreistag dringend vorgestellt werden muss. Wenn von 179 Kommunen in der Region derzeit nur rund 100 den Zweckverbänden beigetreten sind, die die Schnittstelle, zwischen dem Duo regionale Gigabit-Gesellschaft und Kommunen sein sollen, wie die Stuttgarter Zeitung im Kreis Böblingen berichtet, dann müssen wir deren Bedenken ernst nehmen. Auch wenn Leonberg, Böblingen und Sindelfingen nicht in unserem Kreis liegen.
4. Deswegen fordern wir in der Regionalversammlung auch jährliche, aussagekräftige Entwicklungsstandberichte. Denn wie schnell sich GmbHs verselbstständigen, wissen wir aus eigener Erfahrung.

Und zum Schluss noch ein Punkt, der auch am Anfang stehen könnte: Wir wollen Klarheit in Sachen Landesgeldern. Derzeit regnet's im Land Geld. 59 Breitband-Förderbescheide verteilte der

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 41

Öffentlich

CDU-Innenminister im April, 27 im Mai, 105 im Juli, 81 im September. Vor ein paar Tagen durfte Wilfried Klenk 83 Bescheide über 17,2 Millionen Euro verteilen. Insgesamt wurden damit 2018 schon fast 500 Breitbandprojekte gefördert und knapp 100 Millionen Euro verteilt. Was heißt das für uns? Die Landesförderung ist ein wesentlicher Grund, den Zweckverband zu gründen. Denn aus Sicht einer Regionalrätin traurig aber wahr: Das Innenministerium hat uns bestätigt, dass nur Zweckverbände, Kreise, Städte und Gemeinden in den Genuss von Fördermitteln kommen können. Die Region und ihre Gigabit-Gesellschaft sind nicht eingeplant. Das stellt unser Modell vor eine Extraherausforderung.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Heide führt für die AfD/Unabhängige aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei der 2. Postreform 1994 wurde sträflich versäumt, die Pflichten zur Versorgung in der Fläche abzusichern. Die Defizite zeigen sich heute deutlicher denn je.

Insbesondere beim Übergang auf die digitalen Dienste blocken die Netzbetreiber und betreiben Gewinn-Maximierung vor Netzausbau. Investiert wird nur, wo der schnelle Euro winkt, und das ist nicht auf dem Land. Die Kanzlerin hat zwar schnelles Internet für alle bis Ende 2018 versprochen, aber geschafft hat sie das nicht.

Es ist notwendig und richtig, dass jetzt Region, Kreise und Kommunen die Sache selbst in die Hand nehmen. Unsere Firmen brauchen schnelle Daten-Verbindungen.

Irritierend ist, dass die 'Gigabit Region Stuttgart' ausgerechnet mit dem Quasi-Monopolisten kooperieren will. Da ist Vorsicht geboten, damit Kreise, Zweckverbände und Bürger am Ende nicht die Verlierer sind. Auch darf der Vertrag nicht nur dem Zeitgewinn der Telekom dienen, indem er andere Netzbetreiber kaltstellt.

Bei der Kostenverteilung trägt der Vertrag schon die Handschrift des Monopolisten. So will die Telekom nur dann ausbauen, wenn der Zweckverband Rems-Murr selbst 90 Mio. zuzahlt.

Ob das ausreicht, muss bezweifelt werden. Die Verlegung von Kabeln innerorts ist 5 - 10-mal so teuer wie im Außenbereich. Da kann der Kilometer auch mal 1 Mio. kosten. Für diese Beteiligung gibt es aber nur einen 90% Ausbau, d.h. 10% haben auch künftig keinen Anschluss unter dieser Nummer.

Auch andere Dinge bleiben nebulös:

- Es fehlt die entscheidende Aussage, auf welche Netztopologie denn ausgebaut werden soll.
 - Auf ADSL oder VDSL in Verbindung mit FTTC, oder gleich auf FTTB oder FTTH?
 - Für alle Teilnehmer gleich oder differenziert?
- Welche Bitrate bekommen die Teilnehmer? Und die muss garantiert werden, keine 'bis zu' Angaben a la Telekom mehr.
- Sollen Gewerbebetriebe gegen Wohngebiete bevorzugt werden?
- Wie wird die Ausbau-Reihenfolge unter den Gemeinden geregelt?
- Ist ein Anschlusszwang geplant, wenn die Akzeptanz zu schwach ist?
- Können die Bürger weiterhin andere Anbieter beauftragen?
- Schließlich soll das Backbone-Netz des Kreises rein passiv sein und nur die Glasfasern umfassen oder auch die zugehörigen Add-Drop-Multiplexer?
Dann ist für den Betrieb qualifiziertes Fachpersonal nötig.
Ohne Elektronik ist das Netz aber kaum verwertbar, falls die Kooperation scheitert.

Leider ist auch die Satzung des Zweckverbands widersprüchlich oder weicht von früheren Aussagen ab. Am 05.11.18 wurde vorgetragen, der Anteil der Gemeinden sei beschränkt auf die Bereitstellung oder Verlegung von Leerrohren. Es soll kein Geld fließen. In der Satzung ist im §2/4. nun von 'Zuwendungen an Netzbetreiber' die Rede. Offenbar ist doch Geld gemeint.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags am Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 43

Öffentlich

Ebenso fehlen konkrete Termine. Die gab es noch in der Präsentation vom 02.07.18, in der vom 05.11.18 fehlen sie oder sind auf Telekom-Sprech weichgespült, z. B.: 'großflächig AB 2019'. Unverbindlicher geht es nicht. Ein Datum zur Fertigstellung fehlt ganz.

Mit diesen Defiziten sind der Kooperationsvertrag und die Satzung nicht beschlussfähig. Nachverhandlungen und weitere Klärung sind notwendig.

So heißt es in der Drucksache 087/2 auch wörtlich: 'Die Verhandlungen sind nicht so weit wie erhofft' und es sind 'noch viele Details zu klären'.

Tun wir das! Über eine 'Blackbox' kann man nicht abstimmen.“

Kreisrat Kober führt für DIE LINKE/ÖDP aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

Die LINKE/ÖDP wird dem vorgesehenen Breitband- Ausbau nicht zustimmen!

Infrastruktur gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie Wasser, Gas und Strom!

Bei dem Angebot der Telekom geht es doch nur wieder um die Profitinteressen von Konzernen! Die Konzerne verdienen und wir bezahlen! Mit Geld, mit Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung! Auch den Aufbau eines weiteren 5G-Mobilfunknetzes mit unabsehbaren Folgen für unsere Gesundheit brauchen wir nicht!

Was wir aber brauchen ist ein Glasfasernetz, das nach Möglichkeit auch den letzten Winkel unseres Kreises abdeckt! In einer öffentlichen Netzträgergesellschaft! Die Gründung einer Breitbandgesellschaft ist richtig, aber nicht unter der Beteiligung der Telekom! Nicht mehr und nicht weniger! Schorndorf weist hier den richtigen Weg!

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 44

Öffentlich

Auch in Landkreisen gibt es Städte, die eigene Wege gehen und so ihren Protest gegen die Telekom zeigen. Wir befürchten, dass am Ende wie bei S21 die Bürgerinnen und Bürger wieder die Zechen bezahlen werden. Wir wünschen uns eine Lösung mit allen Städten und Gemeinden und beantragen laut diesem eine Vertagung der Entscheidung.

Vielen Dank!“

Kreisrat Hesky weist darauf hin, dass der Gemeinderat der Stadt Waiblingen noch keine Beschlussfassung über den Beitritt gefasst habe. Er bitte daher darum, Waiblingen aus der Anlage 1 zur Satzung für den Zweckverband Breitbandausbau Rems-Murr zu streichen und kündigt an, dass er sich daher bei Beschlussfassung enthalten werde.

Der Geschäftsordnungsantrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP auf Vertagung des Beschlusses, wird bei 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass wie im Redebeitrag der Fraktion der Freien Wähler beantragt, ein jährlicher schriftlicher Bericht der Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Telekom über die bauliche Umsetzung in öffentlicher Sitzung erfolgt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 17 Enthaltungen:

1. Der Kreistag stimmt, der Satzung des Zweckverbandes „Breitbandausbau Rems-Murr“ zu.
2. Der Kreistag stimmt, dem Beitritt des Rems-Murr-Kreises zum Zweckverband „Breitbandausbau Rems-Murr-Kreis“ zu.
3. Der Kreistag stimmt der Finanzierung des Zweckverbandes durch den Rems-Murr-Kreis für Personal, Sachaufwand und Beiträge an die regionale Breitband-Service-Gesellschaft zu und beauftragt die Verwaltung, die Mittel in Höhe von 338.000 Euro in den Haushalt für 2019 und für die Folgejahre einzustellen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Städten und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises die Gründung des Zweckverbandes weiter voran zu bringen.
5. Der Kreistag ermächtigt den Landrat als Vertreter im Zweckverband der Gründung der regionalen „Gigabit Region Stuttgart GmbH“ und den Beitritt des Zweckverbands als Gesellschafter in diese GmbH zuzustimmen. Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen und Maßnahmen.
6. Der Kreistag ermächtigt den Landrat als Vertreter im Zweckverband der Unterzeichnung des Kooperationsrahmenvertrages mit der Deutschen Telekom zuzustimmen.
7. Der Kreistag ermächtigt den Landrat, für den Kreis den Beitritt zum Kooperationsrahmenvertrag zu erklären und beauftragt ihn alle hierzu nötigen Handlungen nach Vorliegen der Kooperationsrahmenvereinbarung vorzunehmen.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, über den Sachstand des weiteren Verhandlungsverlaufs im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.

Auszüge:

1 Dezernat 2/4

1 Dezernat 3

1 Amt für Vermessung und Flurneuordnung

§ 7Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort WaiblingenBereits übersandte Drucksache 2018/046

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass man in der letzten Sitzung des Jahres naturgemäß die geleistete Arbeit in Beschlüsse gieße. Man habe die Immobilienkonzeption nun über zwei Jahre entwickelt, konkret gehe es heute um die Planung der Tiefgarage. Er möchte nochmals betonen, dass dieser Beschluss kein Baubeschluss darstelle, sondern lediglich den Auftrag an ein Büro bedeute, die Planungen wettbewerbsfähig aufzuarbeiten. Das Verfahren solle in drei Stufen durchgeführt werden. Im ersten Schritt werde das Büro ausgewählt, in den weiteren Schritten solle sodann das Preisgericht über die vorgestellten Entwürfe entscheiden. So könnten auch weitere Entwicklungen entsprechend berücksichtigt werden. Er freue sich auch, für das Fachpreisgericht Herrn Prof. Dr. Sobek, der vor allem die ökologischen Themen und die Nachhaltigkeit abbilden werde sowie Herrn Hofer, welcher Intendant der internationalen Bauausstellung 2027 sei, gewonnen zu haben.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 78 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen:

1. Der VSKA/Kreistag nimmt den aktuellen Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption am Standort Waiblingen und dem Neubau auf der Tiefgarage am Alten Postplatz zur Kenntnis.
2. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag, der Empfehlung des Lenkungsausschusses folgend, im Rahmen des Planerauswahlverfahrens, die Auswahl- und Ausschlusskriterien der Präqualifikation, gemäß Anlage 1, sowie die Kriterien und deren Gewichtung für den Architektenwettbewerb und das Verhandlungsverfahren, gemäß Anlage 2 zu beschließen.
3. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag, der Empfehlung des Lenkungsausschusses folgend, die Größe und Besetzung des Preisgerichtes, wie in der Vorlage dargestellt, zu beschließen.

Auszüge:

2 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 47

Öffentlich

1 Amt für Finanzen
1 RMIM

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 48

Öffentlich

§ 7.1

Ergänzung zur Besetzung des Preisgerichtes

Drucksache 2018/046/1

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 78 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen:

Der Kreistag stimmt der Besetzung des Preisgerichts, wie dargestellt, zu.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

§ 8Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel würdigt die Verdienste von Herrn Finanzdezernent Geißler anlässlich seiner letzten Sitzung und bedankt sich für sein überdurchschnittliches Engagement während seiner Dienstzeit beim Rems-Murr-Kreis.
2. Kreisrat Sczuka bedankt sich rückblickend auf das Jahr 2018 als 1. stellvertretender Vorsitzender des Kreistags namens aller Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert